

IAB-KURZBERICHT

Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

15|2022

In aller Kürze

- Der für 2022 erwartete Konjunkturaufschwung wird durch Russlands Krieg gegen die Ukraine und die Energiekrise ausgebremst, es droht eine Rezession. Insgesamt erwarten wir für dieses Jahr ein BIP-Wachstum von 1,5 Prozent und für 2023 von -0,4 Prozent.
- Der Arbeitsmarkt wird durch die wirtschaftlichen Rückschläge beeinträchtigt, wir prognostizieren aber angesichts des hohen Arbeitskräftebedarfs keinen Einbruch.
- Im Jahresdurchschnitt 2022 liegt die Zahl der Erwerbstätigen um 560.000 Personen über dem Vorjahr. Im nächsten Jahr kommt es zu einem weiteren Anstieg um 220.000 Erwerbstätige. Die Zahl der Arbeitslosen wird 2022 um 200.000 Personen sinken und im Jahr 2023 um 60.000 Personen steigen, auch aufgrund der Registrierung ukrainischer Geflüchteter in der Grundsicherung.
- Die meisten zusätzlichen Stellen wird es im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit geben. Der von der Pandemie besonders betroffene Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe schafft ebenfalls neue Stellen. Für das Produzierende Gewerbe erwarten wir eine Stagnation.
- Das Erwerbspersonenpotenzial steht 2022 vor einem kräftigen Anstieg um rund 420.000 Personen, auch für kommendes Jahr ist mit einem weiteren Wachstum (+180.000) zu rechnen.
- Die Arbeitszeit der Beschäftigten steigt in beiden Prognosejahren nur leicht. Im Jahr 2022 bremsen vor allem die hohen Krankenstände den Anstieg, 2023 ein negativer Kalendereffekt.

IAB-Prognose 2022/2023

Drohende Rezession bremst boomenden Arbeitsmarkt

von Hermann Gartner, Timon Hellwagner, Markus Hummel, Christian Hutter, Susanne Wanger, Enzo Weber und Gerd Zika

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat den Wirtschaftsaufschwung in Deutschland jäh beendet. Der Arbeitskräftebedarf liegt auf Rekordniveau, aber die Herausforderungen für den Arbeitsmarkt nehmen zu. Der Kurzbericht gibt einen Ausblick auf die Entwicklung in den Jahren 2022 und 2023.

Preiserhöhungen bremsen die Erholung aus

Die Folgen des russischen Kriegs gegen die Ukraine belasten die weltwirtschaftliche Entwicklung. So beschränken steigende Energie- und Rohstoffpreise, aber auch Sanktionen und Unterbrechungen von Lieferketten die wirtschaftlichen Aktivitäten. Hinzu kommen höhere Leitzinsen der Zentralbanken, wodurch sich die Kreditaufnahme verteuert. Das Wachstum des Welthandels hat sich deutlich abgeschwächt. Im zweiten Quartal ging das Bruttoinlandsprodukt der USA um 0,2 Prozent zurück und das

der Volksrepublik China um 2,6 Prozent; in der Europäischen Union stieg es um 0,6 Prozent. Für den Euroraum und die USA bleiben die Erwartungen für die nächsten Monate pessimistisch. Für China haben sich die Erwartungen für die nächsten Monate zuletzt noch einmal eingetrübt. Auch wenn sich der Containerstau vor Shanghai langsam auflöst, belastet die chinesische Null-Covid-Politik die globalen Wachstumsaussichten.

Das weltwirtschaftliche Umfeld bremst auch die Erholung in Deutschland. Hier legte das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal 2022 preis-, saison- und kalenderbereinigt nur um 0,1 Prozent zu.

Der deutsche Außenhandel hat im zweiten Quartal dennoch zugelegt. Trotz des starken Rückgangs der Exporte nach Russland haben sich die gesamten Ausfuhren erholt, insbesondere durch höhere Exporte ins EU-Ausland und in die USA. Dabei stiegen aber die Einfuhren im zweiten Quartal stärker (+1,6 %) als die Ausfuhren (+0,3 %).

Die Investitionen sind im zweiten Quartal um 1,0 Prozent zurückgegangen. Dazu haben die Bauinvestitionen beigetragen, die um 3,4 Prozent schrumpften. Die Ausrüstungsinvestitionen legten dagegen um 1,1 Prozent zu. Verteuerungen von Rohstoffen und die Unsicherheit über die weitere Entwicklung, etwa bei der Energieversorgung, belasten die Investitionsdynamik. Materialengpässe haben zuletzt nachgelassen, sind aber immer noch auf gravierend hohem Niveau. Die Einschätzung der Lage der Investitionsgüterproduzenten hat sich im August gegenüber dem Vormonat zum vierten Mal in Folge etwas verschlechtert. Im Bauhauptgewerbe hat sich die Einschätzung der Lage dagegen etwas gebessert.

Durch den Wegfall der coronabedingten Einschränkungen hat sich der Konsum in den vergangenen Monaten belebt. So nahm der private Konsum im zweiten Quartal um 0,8 Prozent zu. Noch stärker trugen die Konsumausgaben des Staates zur Stützung des Bruttoinlandproduktes bei. Sie legten um 2,3 Prozent zu. Den Nachholbedarfen nach der coronabedingten Zurückhaltung stehen aber die deutlichen Preiserhöhungen und Unsicherheiten über die Kostenbelastungen in den nächsten Monaten gegenüber. Dies dämpft die Kauflaune erheblich. Das Konsumklima hat sich im August erneut verschlechtert. Auch die Konjunkturerwartungen des Handels für die nächsten Monate sind erneut zurückgegangen.

Die kräftig steigenden Energiepreise schwächen die Kaufkraft und die Investitionsneigung weiter. In den Wintermonaten belastet dies insbesondere private Haushalte und energieintensive Industrien. Die Gefahr einer harten Energierationierung ist aber deutlich gesunken. Während der Energielieferstopp aus Russland faktisch bereits Realität ist, steigen die Füllstände der Gasspeicher schneller als erwartet. Der Gasimport aus anderen Ländern entlastet die Situation und Einsparmaßnahmen verringern den Verbrauch. Auch wenn tatsächliche Rationierung weniger wahrscheinlich wird, droht über Preiseffekte dennoch eine Verschärfung der Energiekrise und damit einhergehend eine Rezession. Eine Einschätzung dazu liefert die QuBe-Projektion, bei der IAB, BIBB und GWS davon ausgehen, dass der Ukraine-Krieg für das Jahr 2023 zu Einbußen des BIP-Wachstums von 1,7 Prozentpunkten führt (Zika et al. 2022a). Bei ei-

ner Verdopplung der angenommenen Steigerung der Energie- und Importpreise wäre das Wachstum um 3,8 Prozentpunkte kleiner. Aufgrund der sich verschärfenden Energiekrise bewegt sich die hier vorgelegte Prognose zwischen beiden Szenarien.

Der Staat setzt positive Nachfrageimpulse durch die Entlastungspakete und den Sonderfonds für Verteidigung sowie mögliche weitere notwendig werdende Ausgaben. Die Lieferengpässe lassen langsam nach. Im Verlauf des nächsten Jahres könnten sich wieder verstärkt Aufschwungkräfte durchsetzen, etwa aufgrund sinkender Inflation.

Über den Sommer setzte sich in einigen Branchen die Erholung von den Corona-Einschränkungen fort, etwa im Gast- und Beherbergungsgewerbe, im Transport- und im Veranstaltungswesen. Die Zahl der Corona-Infektionen ist zwar zurückgegangen, im Herbst und Winter ist aber wieder mit stärkerem Infektionsgeschehen sowie mit damit verbundenen Arbeitsausfällen zu rechnen. Es kann wieder Ausweitungen der Masken- oder Testpflicht geben. Mit schärferen Einschränkungen wie dem Verbot von Großveranstaltungen wird in dieser Prognose nicht gerechnet.

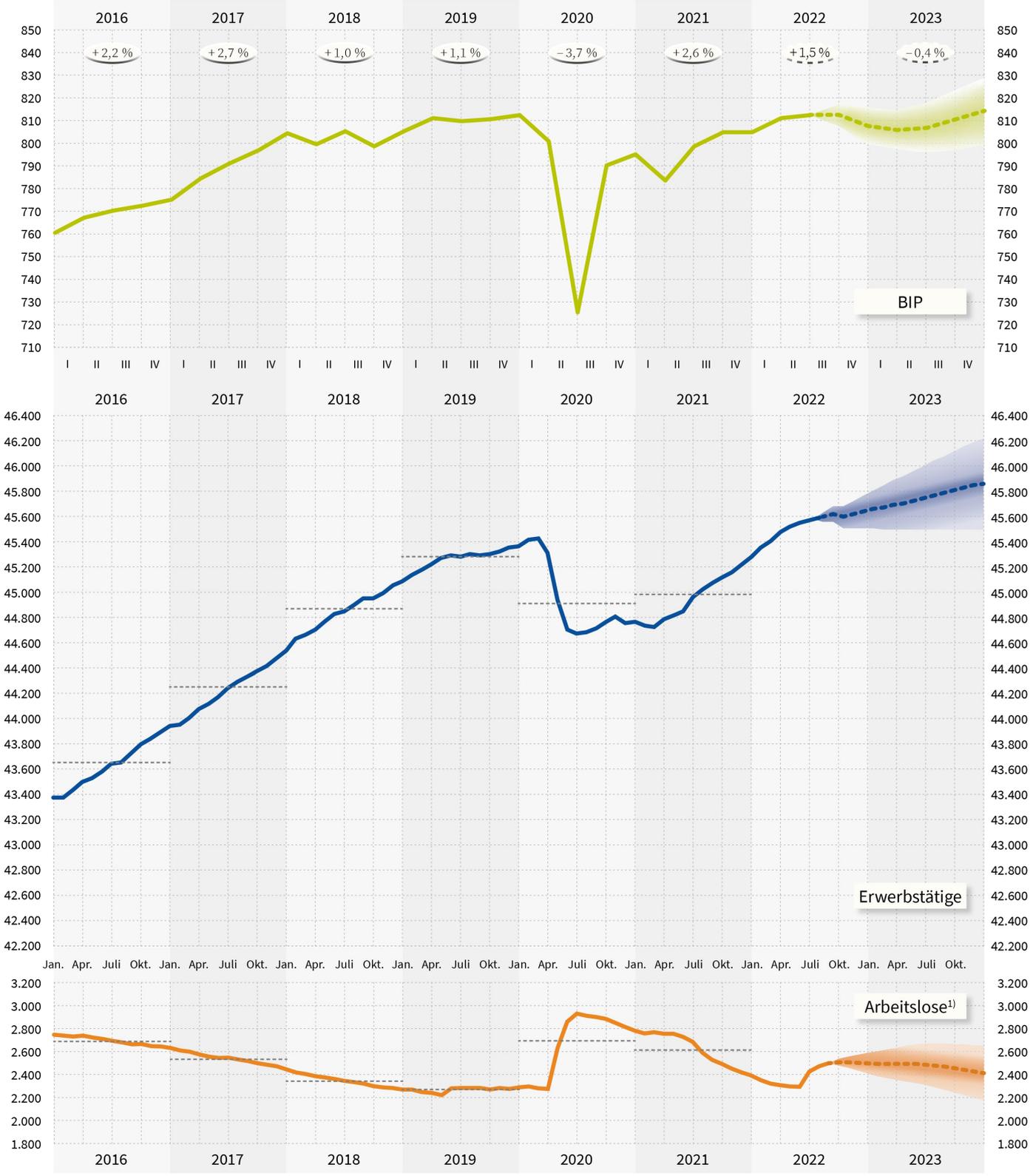
Insgesamt erwarten wir für 2022 ein Jahreswachstum des realen BIP von 1,5 Prozent (Prognoseintervall $\pm 0,3$ %-Punkte; Kalendereffekt $-0,07$ %-Punkte). Für 2023 prognostizieren wir eine Abnahme der Wirtschaftsleistung um 0,4 Prozent (Prognoseintervall $\pm 1,4$ %-Punkte; Kalendereffekt $-0,20$ %-Punkte). Die Entwicklung seit 2016 und die Prognosewerte sind in Abbildung A1 (Seite 3) dargestellt und in Tabelle T1 (Seite 4) zusammengefasst.

Die künftige wirtschaftliche Entwicklung lässt sich nur unter Unsicherheiten prognostizieren, die derzeit angesichts der geopolitischen Lage besonders ausgeprägt sind. Eine bessere Entwicklung würde eintreten, wenn etwa aufgrund sich rasch lockernder Materialengpässe und sinkender Energiepreise die hohen Auftragsbestände der Industrie schneller als erwartet abgearbeitet werden können. Eine schlechtere Entwicklung kann durch stärker steigende Energie- und Rohstoffpreise und eine daraus folgende weitere Abschwächung der Binnennachfrage oder durch eine weitere geopolitische Eskalation verursacht werden. Zusätzliche Risiken gehen von der Covid-19-Pandemie aus, etwa wenn eine gefährlichere Virusvariante erneute weitergehende Einschränkungen erfordert.

Entwicklungstendenzen von Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Arbeitsmarkt in Deutschland 2016 bis 2023

BIP in Mrd. Euro (preis-, saison- und kalenderbereinigte Quartalswerte)
 Erwerbstätige und Arbeitslose in 1.000 (saisonbereinigte Monatswerte)

	BIP		Erwerbstätige		Arbeitslose
	Modellprognose		Prognoseintervall		Jahresdurchschnitte
	+ / - % Veränderung der Ursprungswerte gegenüber Vorjahr				



¹⁾ Prüfaktivitäten zum Arbeitsvermittlungsstatus von Arbeitslosengeld-II-Berechtigten wirkten sich im zweiten Quartal 2019 erhöhend auf die Arbeitslosenzahlen aus.
 Anmerkung zu den Prognoseintervallen: Zu jedem Zeitpunkt wird der realisierte Wert mit einer Wahrscheinlichkeit von 2/3 innerhalb des Bandes liegen. Also wird beispielsweise die Erwerbstätigkeit im Juni 2023 mit einer Wahrscheinlichkeit von 2/3 zwischen 45,49 Mio. und 46,00 Mio. Personen liegen.
 Quelle: Destatis, Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des IAB; Stand September 2022. © IAB

Beschäftigung steigt trotz Schwierigkeiten

Seit der Weltfinanzkrise im Jahr 2009 reagiert die Erwerbstätigkeit in Deutschland wesentlich robuster auf konjunkturelle Schwankungen als in den Zeiten davor (Klinger/Weber 2020). Angesichts der gestiegenen Arbeitskräfteknappheit versuchen viele Betriebe, ihre Beschäftigten auch in konjunkturellen Schwächephasen zu halten. Ein solches Horten von Arbeitskräften tritt üblicherweise gerade bei vorübergehenden und externen Schocks auf. Dies zeigte sich auch bei dem plötzlichen und gravierenden Einbruch der Wirtschaftsleistung in der Corona-Krise. Dieser setzte den Arbeitsmarkt zwar massiv unter Druck, aber gestützt durch Kurz-

arbeit stabilisierte sich die Beschäftigung schnell. Wir erwarten, dass die grundsätzliche Stabilität dem Arbeitsmarkt auch bei der Verarbeitung des wirtschaftlichen Schocks infolge des Ukraine-Kriegs zugutekommt.

Bei der prognostizierten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erwarten wir keinen Einbruch des deutschen Arbeitsmarktes infolge des Krieges, aber dämpfende Effekte. Die Energiekrise hat schon kurzfristig nicht nur die Produktion gesenkt, sondern auch die Schaffung neuer Stellen reduziert (Hutter/Weber 2022a), wenn auch auf hohem Niveau und noch moderat. Die hohe Inflation wird zudem die Entwicklung auch in beschäftigungsintensiven Dienstleistungsbereichen beeinträchtigen (Zika et al. 2022a).

T1

Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt 2016 bis 2023

		2016	2017	2018	2019	2020	2021	Prognose		
									2022	2023
A. Die Nachfrage nach Arbeitskräften										
Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt Veränderung gegenüber Vorjahr in %		+ 2,2	+ 2,7	+ 1,0	+ 1,1	- 3,7	+ 2,6	+ 1,5	- 0,4	
Stundenproduktivität Veränderung gegenüber Vorjahr in %		+ 1,4	+ 1,8	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,2	- 0,9	
Arbeitsvolumen Veränderung gegenüber Vorjahr in %		+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,3	- 4,6	+ 1,7	+ 1,3	+ 0,5	
Durchschnittliche Jahresarbeitszeit Veränderung gegenüber Vorjahr in %		- 0,4	- 0,5	- 0,6	- 0,6	- 3,9	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,0	
Erwerbstätige	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,9	- 0,8	+ 0,1	+ 1,2	+ 0,5	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	+ 539	+ 590	+ 615	+ 411	- 362	+ 65	+ 561	+ 216	
	Jahresdurchschnitte in 1.000	43.661	44.251	44.866	45.277	44.915	44.980	45.541	45.758	
	davon: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in 1.000	31.508	32.234	32.964	33.518	33.579	33.897	34.511	34.809	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	+ 685	+ 726	+ 730	+ 554	+ 61	+ 318	+ 613	+ 298	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,3	+ 1,7	+ 0,2	+ 0,9	+ 1,8	+ 0,9	
B. Das Angebot an Arbeitskräften										
Erwerbspersonenpotenzial¹⁾ Jahresdurchschnitte in 1.000		46.469	46.934	47.312	47.536	47.510	47.389	47.808	47.984	
Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000		+ 334	+ 465	+ 378	+ 224	- 26	- 121	+ 420	+ 175	
C. Die Arbeitsmarktbilanz										
Arbeitslose	Jahresdurchschnitte in 1000	2.691	2.533	2.340	2.267	2.695	2.613	2.417	2.472	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1000	- 104	- 158	- 193	- 73	+ 429	- 82	- 197	+ 55	
	Arbeitslosenquoten (in % aller zivilen Erwerbspersonen)	6,1	5,7	5,2	5,0	5,9	5,7	5,3	5,4	
	davon: SGB III in 1.000	822	855	802	827	1.137	999	814	827	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	- 37	+ 34	- 54	+ 25	+ 310	- 138	- 185	+ 13	
	SGB II in 1.000	1.869	1.677	1.538	1.440	1.559	1.615	1.603	1.644	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	- 67	- 192	- 139	- 98	+ 119	+ 56	- 12	+ 41	
	Anteil SGB II in %	69,5	66,2	65,7	63,5	57,8	61,8	66,3	66,5	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %-Punkten	+ 0,2	- 3,2	- 0,5	- 2,2	- 5,7	+ 4,0	+ 4,5	+ 0,2	
Stille Reserve	Jahresdurchschnitte in 1.000	1.159	1.174	1.079	979	1.044	873	954	946	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	- 46	+ 15	- 95	- 100	+ 65	- 171	+ 81	- 8	
	davon: Stille Reserve im engeren Sinn	413	331	276	195	372	235	307	290	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	- 133	- 82	- 55	- 81	+ 177	- 137	+ 72	- 17	
	Stille Reserve in Maßnahmen	746	843	803	784	672	638	647	656	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	+ 87	+ 97	- 40	- 19	- 112	- 34	+ 9	+ 9	

Abweichungen zu den Summen kommen durch Rundung zustande.

¹⁾ Das Erwerbspersonenpotenzial setzt sich zusammen aus Erwerbstätigen, Erwerbslosen nach ILO und Stiller Reserve (inkl. arbeitssuchender Nichterwerbspersonen).

Quelle: Destatis, Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des IAB; Stand September 2022. © IAB

Falls Gaslieferungen für Betriebe rationiert werden, würde sich dies aber am Arbeitsmarkt – vor allem in der Kurzarbeit – niederschlagen. So müsste die Mehrheit der energieintensiven Betriebe ihre Produktion stark einschränken oder stoppen, wenn Gaslieferungen ausbleiben (Kagerl et al. 2022). Material-Lieferengpässe erhöhen Kurzarbeit und verringern Einstellungen (Hummel et al. 2022, Moritz et al. 2022).

Aktuell ist der Arbeitsmarkt durch Personalengpässe in vielen Bereichen geprägt. Zusätzlich zu Bereichen wie Pflege, Erziehung, Handwerk und IT bestehen diese jetzt auch in Branchen, die am stärksten von der Corona-Krise betroffen waren. Der Arbeitskräfteknappheits-Index des IAB steht auf Rekordniveau. Zu einem „Big Quit“ am Arbeitsmarkt wie in den USA, wo arbeitnehmerseitige Kündigungen und Arbeitsplatzwechsel stark zugenommen haben, kam es in Deutschland nicht (Röttger/Weber 2022). Stattdessen zeigen die Personallücken einen Nachholbedarf, nachdem es über lange Zeit deutlich weniger Neueinstellungen gab. Entsprechend stieg auch die Langzeitarbeitslosigkeit merkbar. Die akute Personalmangellage in den Corona-Branchen wird sich mit etwas mehr Zeit wieder stärker entspannen, aber die grundsätzliche Arbeitskräfteknappheit dürfte sich mit der Verrentung der Babyboomer noch verschärfen.

Das Arbeitskräfteangebot erhöht sich durch Fluchtmigration. Aktuell sind bei den Jobcentern rund 200.000 Ukrainerinnen und Ukrainer arbeitslos gemeldet. Unsicher ist, wie lange ihr Aufenthalt in Deutschland dauern wird. Der Übergang in Beschäftigung wird Schritt für Schritt erfolgen, und entsprechend wird die im Sommer registrierte Arbeitslosigkeit (vorübergehend auch durch Teilnahme an Integrationskursen) wieder zurückgehen. Angesichts der Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarkts gibt es gute Grundbedingungen für die Arbeitsmarktintegration. Wichtig sind dabei das Erlernen der deutschen Sprache und Unterstützung bei der Kinderbetreuung.

Der gesetzliche Mindestlohn steigt zum 1.10.2022 auf 12 Euro pro Stunde. Davon könnten rund acht Millionen Personen betroffen sein (Börschlein et al. 2022), wegen der niedrigeren Bruttolöhne besonders geringfügig Beschäftigte. Die Abschätzung des Effekts des Mindestlohns auf die Beschäftigung ist mit großer Unsicherheit behaftet. Der Anstieg der

Lohnsumme dürfte 2022 höher liegen als bei der Mindestlohn-Einführung 2015. Damals schätzten Bossler/Gerner (2020) einen Beschäftigungseffekt von -60.000 Personen. Strukturelle Modelle simulieren zumindest für Branchen, wo der Mindestlohn einen hohen Anteil der Beschäftigten betrifft, deutlich negative Beschäftigungswirkungen (z. B. Ahlfeldt et al. 2022; Blömer et al. 2018). Allerdings sind Arbeitskräfte noch knapper geworden als 2015, auch in Helferbereichen wie etwa im Gastgewerbe. Das verbessert die Chancen, dass Jobs gehalten werden, beziehungsweise dass Personen nach Jobverlust schnell wieder Arbeit bei anderen eventuell produktiveren Arbeitgebern finden (Dustmann et al. 2022). Auch kann die hohe Inflation die Mindestlohnanhebung relativieren, insoweit dadurch das allgemeine Nominallohniveau gestiegen ist. In einer aktuellen Befragung unter allen 155 regionalen Arbeitsagenturen werden überwiegend keine Beschäftigungseffekte der Erhöhung des Mindestlohns erwartet, weder auf die geringfügige noch auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Agenturbezirke, die höhere Arbeitskräfteknappheit melden, erwarten tendenziell positivere Effekte der Mindestlohnerhöhung für die geringfügige Beschäftigung (Hutter/Weber 2022b). Der aktuellen Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass sich der dämpfende Effekt der Mindestlohnerhöhung auf die Erwerbstätigkeit – überwiegend bei geringfügiger Beschäftigung – bei 50.000 Jobs bewegt. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit wäre deutlich weniger betroffen, da sich etwa Minijobber oder Personen im Rentenalter kaum arbeitslos melden würden.

Für die Prognosejahre 2022 und 2023 rechnen wir mit weiter steigender Beschäftigung, aber auch mit dämpfenden Effekten und einer Verlangsamung (vgl. Abbildung A1). Im Jahresdurchschnitt 2022 liegt die Zahl der Erwerbstätigen – auch aufgrund der sehr günstigen Ausgangsposition mit einem großen statistischen Überhang aus 2021 – um 560.000 Personen über dem Vorjahr (Prognoseintervall ± 40.000). Im nächsten Jahr kommt es zu einem weiteren Anstieg um 220.000 Erwerbstätige (Prognoseintervall ± 250.000). Dem liegen die beschriebenen Erwartungen zugrunde, dass Arbeitskräfte auch bei wirtschaftlichen Rückschlägen gehalten werden und der Bedarf in vielen Bereichen wie der Pflege weitgehend unabhängig davon zunimmt. Die Zahl der Arbeitslosen wird bei ebenfalls güns-

tiger Ausgangsposition 2022 um 200.000 Personen (Prognoseintervall ± 30.000) sinken. Im Jahr 2023 erwarten wir einen Anstieg um 60.000 Personen (Prognoseintervall ± 160.000), der durch den statistischen Überhang auch aus der Registrierung ukrainischer Geflüchteter im Jahr 2022 resultiert. Große Unsicherheiten bestehen aber vor allem hinsichtlich des Fortgangs der Ereignisse im Ukraine-Krieg.

Zahl der Selbstständigen geht weiter zurück

Im Jahr 2021 waren drei Viertel der Erwerbstätigen oder 33,90 Millionen Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Ihre Zahl ist seit zwölf Jahren überproportional gestiegen. Im ersten Corona-Jahr war der Aufwärtstrend nur kurzzeitig gestoppt, seit Juni 2020 steigt die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wieder deutlich. Für 2022 erwarten wir einen Zuwachs von 610.000 auf jahresdurchschnittlich 34,51 Millionen Personen. Im Prognosezeitraum schlägt sich allerdings die schwache Wirtschaftsentwicklung nieder, sodass wir für 2023 nur noch mit einem Plus von 300.000 auf 34,81 Millionen Personen rechnen. Gleichwohl wird damit ein neuer Rekordstand erreicht.

Gut 10 Prozent der Erwerbstätigen oder 4,69 Millionen Personen gehörten 2021 zur Gruppe der marginal Beschäftigten.¹ Die Corona-Krise verstärkte den jahrelangen rückläufigen Trend. Deshalb gibt es mit der Erholung aus der Pandemie grundsätzlich ein gewisses Aufholpotenzial. Dem steht allerdings zunächst die Erhöhung des Mindestlohns im vierten Quartal entgegen. Der größte Teil der möglicherweise resultierenden Jobverluste dürfte auf die Minijobber entfallen, auch wenn diesmal die Verdienstgrenze für diese Gruppe mit angehoben wird. Insgesamt erwarten wir für die Minijobber in diesem Jahr ein Plus von 20.000 auf 4,71 Millionen Personen. Für den Jahresdurchschnitt 2023 prognostizieren wir dann ein Minus von 50.000 auf 4,66 Millionen marginal Beschäftigte.

Knapp 9 Prozent der Erwerbstätigen oder 3,96 Millionen Personen waren im Jahr 2021 Selbstständige oder mithelfende Familienangehörige.

¹ Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte, ausschließlich kurzfristig Beschäftigte und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten, sog. 1-Euro-Jobs, werden in der Erwerbstätigenrechnung der VGR unter den marginal Beschäftigten zusammengefasst.

Ihre Zahl ist seit zehn Jahren rückläufig, die Selbstständigkeit scheint kontinuierlich an Attraktivität einzubüßen. Für 2022 erwarten wir einen Rückgang um 60.000 auf 3,90 Millionen Selbstständige. Nächstes Jahr wird mit einem weiteren Minus von 50.000 auf 3,85 Millionen Personen der tiefste Stand seit 1995 erreicht.

Knapp 5 Prozent der Erwerbstätigen zählten im Jahr 2021 zur Gruppe der Beamten. Für dieses Jahr erwarten wir minimale Zuwächse auf jahresdurchschnittlich 2,07 Millionen, 2023 dürfte die Zahl der Beamten auf 2,08 Millionen steigen.

Trotz widriger Umstände Beschäftigungsaufbau in fast allen Bereichen

Bei der prognostizierten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung rechnen wir für fast alle Wirtschaftsbereiche mit einem Beschäftigungsaufbau beziehungsweise einer Stagnation. Nur im Bereich Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen und den Sonstigen Dienstleistern erwarten wir für 2022 und 2023 einen leichten Rückgang (vgl. Tabelle T2 auf Seite 7).

Von der Corona-Krise waren nicht alle Wirtschaftsbereiche gleichermaßen betroffen. Zwar ging die Zahl der abhängig Beschäftigten im zweiten Quartal 2020 in allen Bereichen zurück. Allerdings erlebten die Wirtschaftsbereiche Handel, Verkehr, Gastgewerbe sowie die Sonstigen Dienstleister besonders starke Beschäftigungseinbrüche. Beide Bereiche verloren nach einer kurzen Erholungsphase im dritten Quartal 2020 im Verlauf des zweiten Lockdowns weiter an Beschäftigung. Der Mitte 2021 gestartete Aufholprozess wurde infolge der vierten und fünften Corona-Welle zwar etwas gebremst, dennoch erwarten wir beim Handel, Verkehr, Gastgewerbe für dieses Jahr einen – aufgrund des statistischen Überhangs – deutlichen Beschäftigungszuwachs von 160.000 Personen und für nächstes Jahr noch ein Plus von 50.000. Bei den Sonstigen Dienstleistungen – wo alle Dienstleistungen rund um Sport, kulturelle Veranstaltungen und Erholung verortet sind – rechnen wir für 2022 mit +30.000 Beschäftigten und für 2023 mit einem leichten Rückgang.

Im Produzierenden Gewerbe begann der Stellenabbau bereits Mitte 2019 und beschleunigte sich noch einmal im zweiten Quartal 2020. Dieser Beschäftigungsabbau konnte erst im zweiten Quar-

tal 2021 gestoppt werden. Seit dem vierten Quartal 2021 stieg die Beschäftigung trotz Materialmangel aufgrund von Lieferengpässen sowie gleichzeitig stattfindender Transformationsprozesse wieder moderat an. Da sich der Materialmangel nur langsam auflöst und zudem mit Energiemangel zu rechnen sein dürfte, erwarten wir für die kommenden Quartale nur eine Stagnation der Beschäftigung. Aufgrund der Erholung im ersten Halbjahr ergibt sich für 2022 im Produzierenden Gewerbe dennoch ein Plus von 40.000 und für 2023 eine Stagnation.

Abgesehen vom zweiten Quartal 2020 (Pandemie) und dem dritten Quartal 2021 (Materialmangel) steigt die Beschäftigung im Bau seit 2015 kontinuierlich an. Für 2022 und 2023 gehen wir von einer moderat steigenden Beschäftigung aus (2022: +20.000; 2023: +10.000 Personen). Diese Entwicklung ist das Ergebnis zweier gegenläufiger Effekte: einerseits hohe Nachfrage nach Wohnraum und großer Bedarf an erneuerbaren Energien, andererseits weiter zunehmende Fachkräftengpässe und steigende Bauzinsen.

Den mit Abstand höchsten Beschäftigungsgewinn wird weiterhin der Wirtschaftsbereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit mit +210.000 im Jahr 2022 und +150.000 Beschäftigten im Jahr 2023 erzielen. Dies liegt hauptsächlich am Ausbau der Kindertagesbetreuung und an der Alterung der Gesellschaft und wird durch den Betreuungsbedarf für Geflüchtete aus der Ukraine verstärkt.

Im Wirtschaftsbereich Information und Kommunikation erwarten wir für 2022 einen Anstieg von 70.000 und für 2023 von 50.000 Beschäftigten – prozentual wächst dabei dieser Wirtschaftsbereich am stärksten. Hinter der positiven Beschäftigungsentwicklung steht der Trend, Produktions- und Dienstleistungsprozesse noch mehr zu vernetzen und zu digitalisieren.

Die Entwicklung bei den Unternehmensdienstleistern hängt eng mit der im Produzierenden Gewerbe zusammen. Aufgrund der gleichen Risiken wie beim Produzierenden Gewerbe rechnen wir mit einer Stagnation. Bedingt durch die Erholung im ersten Halbjahr ergeben sich trotzdem deutliche Beschäftigungszuwächse (2022: +90.000; 2023: +20.000 Personen).

Fluchteffekte im SGB II, Konjunkturreffekte im SGB III

Arbeitslose werden in Deutschland entweder im System der Arbeitslosenversicherung nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) III oder in der Grundversicherung nach dem SGB II erfasst. Das Versicherungssystem umfasst vor allem Personen, die ihre Beschäftigung erst kürzlich verloren haben; sie sind im Durchschnitt formal besser qualifiziert als SGB-II-Arbeitslose und finden leichter eine neue Stelle. Arbeitslose im SGB-III-Bereich stehen dem Arbeitsmarkt näher, weshalb sich konjunkturelle

T2

Zahl der Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen, 2018 bis 2023

Jahresdurchschnittlicher Bestand 2018; Veränderungen gegenüber dem Vorjahr absolut und in Prozent

	2018		2019		2020		2021		Prognose 2022		Prognose 2023	
	Bestand		Differenz zum Vorjahr									
	in 1.000	in 1.000	in %									
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	354	3	0,92	0	-0,00	1	0,14	2	0,50	0	0,04	
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	8.058	62	0,76	-183	-2,26	-92	-1,15	37	0,47	2	0,02	
Baugewerbe	2.041	40	1,96	44	2,11	38	1,78	24	1,10	11	0,51	
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	9.272	83	0,90	-173	-1,85	-91	-0,99	161	1,77	48	0,51	
Information und Kommunikation	1.188	55	4,65	27	2,15	39	3,05	69	5,28	48	3,50	
Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen	973	-10	-0,98	-3	-0,29	1	0,11	-7	-0,75	-8	-0,86	
Grundstücks- und Wohnungswesen	422	5	1,30	-1	-0,18	1	0,30	8	1,83	2	0,35	
Unternehmensdienstleister	5.343	6	0,12	-103	-1,93	39	0,75	91	1,72	19	0,35	
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	10.432	196	1,88	179	1,68	255	2,36	211	1,91	145	1,29	
Sonstige Dienstleister	2.558	34	1,32	-44	-1,70	-28	-1,09	27	1,06	-3	-0,10	
Gesamt	40.641	476	1,17	-258	-0,63	163	0,40	622	1,52	264	0,63	

Quelle: Destatis, eigene Berechnungen; Stand September 2022. © IAB

Schwankungen stärker und schneller in der Arbeitslosenversicherung auswirken.

Daher kam bereits im Frühjahr dieses Jahres der Abbau der Arbeitslosigkeit im SGB-III-Bereich zum Erliegen. Im SGB-II-Bereich setzte er sich dagegen bis zum Mai weiter fort. Im Juni und den Folgemonaten ist die Arbeitslosigkeit dort aber angestiegen, weil arbeitssuchende Geflüchtete aus der Ukraine hinzukamen. Diese sind oft besser qualifiziert als andere Arbeitslose im SGB-II-Bereich, was für bessere Beschäftigungschancen spricht (Brücker 2022). Allerdings stehen sie öfter vor Sprachbarrieren oder benötigen Kinderbetreuung, was die Beschäftigungsaufnahme erschwert. Nach und nach dürften sie aber Arbeit finden. Die Prognose unterstellt daher, dass der Bestand der aus der Ukraine geflüchteten Arbeitslosen ab November 2022 monatlich um 3 Prozent zurückgeht. Dies entspricht dem durchschnittlichen Wert, mit dem auch bisher SGB-II-Arbeitslose in Beschäftigung gewechselt sind.

Die SGB-III-Arbeitslosigkeit wird im Jahresdurchschnitt 2022 voraussichtlich 810.000 Personen umfassen; das sind 190.000 weniger als 2021 (vgl. Tabelle T1). Dieser Rückgang im Jahresvergleich liegt vor allem daran, dass die Arbeitslosigkeit in diesem Rechtskreis mit einem besonders deutlichen statistischen Unterhang in das Jahr gestartet ist. Im bisherigen Jahresverlauf hat sich die SGB-III-Arbeitslosigkeit kaum verändert. Die SGB-II-Arbeitslosigkeit geht im Jahresdurchschnitt 2022 um 10.000 gegenüber dem Vorjahr zurück und beträgt 1,60 Millionen Personen. Für das Jahr 2023 erwarten wir im SGB-III-Bereich einen Anstieg auf 830.000 Arbeitslose. Im SGB-II-Bereich erwarten wir aufgrund eines statistischen Überhangs durch die Registrierung ukrainischer Geflüchteter einen Anstieg auf 1,64 Millionen.

Der Einsatz von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wirkt sich auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit aus, da die Teilnehmenden nicht arbeitslos sind, sondern zur Stillen Reserve oder teils zu den Erwerbstätigen zählen. In den beiden Vorjahren wurde der Maßnahmen Einsatz aufgrund der Kontaktbeschränkungen zurückgefahren. Da 2022 wieder mehr Maßnahmen stattfinden, ist auch die Arbeitslosigkeit entsprechend geringer. Im kommenden Jahr sind im SGB-III-Bereich mehr Fortbildungsmaßnahmen zu erwarten. Im SGB-II-Bereich spielen vermehrt Sprachkurse für Geflüchtete eine die Arbeitslosenzahl entlastende Rolle.

Geflüchtete beeinflussen Stille Reserve

Zur Stillen Reserve im engeren Sinn zählen insbesondere Personen, die im Moment nicht aktiv nach einer Arbeitsstelle suchen, aber bei besserer Arbeitsmarktlage oder aufgrund veränderter persönlicher Umstände eine Arbeit aufnehmen würden. Bedingt unter anderem durch den Zuzug von Geflüchteten aus der Ukraine rechnen wir für dieses Jahr mit einem Anstieg der Stillen Reserve im engeren Sinn um 70.000 und für nächstes Jahr mit einem Rückgang um 20.000 Personen. So erhöhen die Geflüchteten, die nach ihrer Ankunft aus persönlichen Gründen noch nicht sofort eine Erwerbstätigkeit aufnehmen können, zunächst die Stille Reserve, ehe sie diese wieder verlassen und dem Arbeitsmarkt aktiv zur Verfügung stehen.

Die Stille Reserve in Maßnahmen umfasst Teilnehmende an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die aber nicht – wie beispielsweise Beschäftigte mit Ein-Euro-Jobs oder im sozialen Arbeitsmarkt – erwerbstätig sind. Bei Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung erwarten wir einen moderaten Anstieg im Prognosezeitraum. Außerdem nimmt die Zahl an Personen in Sprach- und Integrationskursen aus der Ukraine derzeit deutlich zu. In der Summe gehen wir davon aus, dass die Stille Reserve in Maßnahmen in beiden Jahren um jeweils 10.000 zunimmt und im Jahresdurchschnitt 2023 660.000 Personen beträgt.

Somit liegt die gesamte Stille Reserve bei einem Anstieg um 80.000 in diesem und einer Abnahme um 10.000 im nächsten Jahr im Jahresdurchschnitt 2023 bei 950.000 Personen.

Erwerbspersonenpotenzial wächst kräftig

Das Arbeitskräfteangebot erhöht sich durch die Fluchtmigration aus der Ukraine kräftig, zuletzt haben die Zuzugszahlen aber merklich abgenommen. Die Wirkung auf den Arbeitsmarkt hängt wesentlich vom Fortgang der Ereignisse in der Ukraine ab und ist mit großer Unsicherheit behaftet. Denn neben einer weiteren Abnahme und damit einem Einpendeln der Fluchtzuwanderung auf niedrigem Niveau sind Rückmigration oder Familiennachzug genauso denkbare Szenarien. Basierend auf den bis Anfang September beobachtbaren Entwicklungen gehen wir für 2022 von einer Nettozuwanderung

aus der Ukraine in Höhe von 1 Million Personen aus.² Angesichts der seit Monaten stetig sinkenden Zuwanderungszahlen und bislang ausbleibender substanzieller Rückmigration oder auch ausbleibendem Familiennachzug nehmen wir für 2023 weder einen positiven noch einen negativen Wanderungssaldo mit der Ukraine an.

Die Summe aus Stiller Reserve, Erwerbstätigen sowie Erwerbslosen bildet das Erwerbspersonenpotenzial. Dessen Veränderung kann auf das Zusammenspiel unterschiedlicher Komponenten zurückgeführt werden, deren Größenordnungen sich isoliert voneinander betrachten lassen: der Wanderungseffekt, der Verhaltenseffekt sowie der demografische Effekt.

Neben der oben geschilderten Fluchtmigration aus der Ukraine haben auch die im Zuge der Pandemie zurückgegangenen Wanderungen zuletzt im Saldo wieder deutlich zugenommen. So lag die Nettomigration im Jahr 2021 mit 330.000 Personen bereits wieder auf Vorkrisenniveau. Für die Jahre 2022 und 2023 gehen wir – zusätzlich zur Fluchtmigration aus der Ukraine – von einem vergleichbaren Wanderungssaldo aus. Durch die enorm gestiegene Zuwanderung ist für den Jahresschnitt 2022 mit einem starken, ausschließlich migrationsbedingten Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials um rund 540.000 Personen zu rechnen. Für das Jahr 2023 ist dieser Effekt zwar geringer, aufgrund des statistischen Überhangs mit gut 340.000 zusätzlichen Personen jedoch immer noch kräftig.

Auch die nach Beginn der Pandemie zunächst eingebrochene Erwerbsbeteiligung (Fuchs/Weber/Weber 2020) wächst wieder. Der Verhaltenseffekt, der die Auswirkungen steigender Erwerbsquoten quantifiziert, beläuft sich für das Jahr 2022 auf 270.000 und für 2023 auf 230.000 zusätzliche Erwerbspersonen.

Den Zuwächsen aus Migrations- und Verhaltenseffekten stehen die Abnahmen aus dem demografischen Wandel gegenüber. Im Jahr 2022 beträgt der demografische Effekt -390.000, im Jahr 2023 -400.000 Personen.

Nachdem in den beiden Vorjahren das Erwerbspersonenpotenzial sank, lassen die summierten Effekte aus gesteigener Zuwanderung, anziehenden Erwerbsquoten und demografischer Entwick-

² Die angenommene Alters- und Geschlechtsstruktur orientiert sich an BMI (2022).

lung für den Jahresdurchschnitt 2022 einen Anstieg um 420.000 auf 47,81 Millionen und für 2023 um 180.000 auf 47,98 Millionen Personen erwarten. Die prognostizierte Entwicklung übertrifft dabei den Rückgang der beiden Vorjahre deutlich, hängt allerdings in hohem Maße vom Eintreten der angenommenen Ukraine-Fluchtmigration ab.

Arbeitszeit: Rekordstand beim Krankenstand

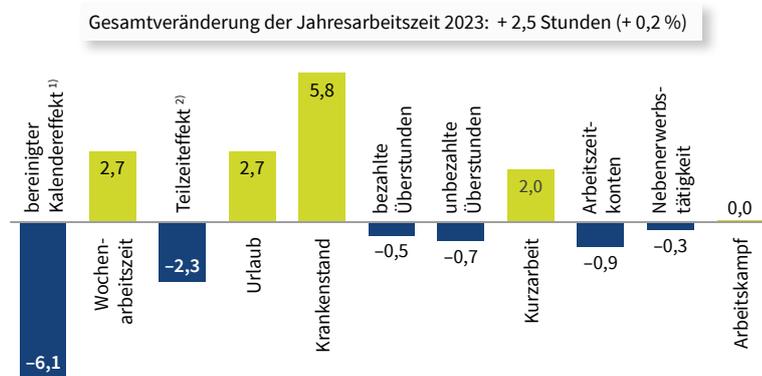
Die Jahresarbeitszeit der Beschäftigten steigt in beiden Prognosejahren, die coronabedingten Einbrüche bei der Arbeitszeit können jedoch nicht aufgeholt werden. Angesichts der Folgen des Ukraine-Krieges und der Energiekrise rechnen wir für das laufende Jahr mit keiner Zunahme gegenüber dem Vorjahr, für 2023 um 0,2 Prozent. Mit 1.298 Stunden liegt die durchschnittliche Jahresarbeitszeit der Beschäftigten im Jahr 2023 dann noch 1,6 Prozent unter dem Stand von vor der Pandemie. Die Beiträge der verschiedenen Arbeitszeitkomponenten zu der Veränderung der Jahresarbeitszeit sind sehr unterschiedlich (vgl. Abbildung A2).

Durch die Lage der Feiertage gibt es 2023 zwei Arbeitstage weniger als im laufenden Jahr. Dies führt zu einem negativen Arbeitstageeffekt. Die tariflichen beziehungsweise betriebsüblichen Wochenarbeitszeiten der Voll- und Teilzeitbeschäftigten liegen jeweils auf dem Stand der Vorjahre (vgl. Tabelle T3, Seite 11).

A2

Beitrag der einzelnen Komponenten zur Entwicklung der Arbeitszeit der Beschäftigten im Jahr 2023

Effekt auf die Veränderung der Jahresarbeitszeit in Stunden



Anmerkung: Nicht jeder Komponentenbeitrag kann direkt aus der Tabelle T3 abgeleitet werden.

¹⁾ Arbeitstageeffekt plus Ausgleich für Kalendereinflüsse.

²⁾ Wirkung einer Veränderung der Beschäftigtenstruktur auf die Arbeitszeit.

Quelle: IAB-Arbeitszeitrechnung; Stand September 2022. © IAB

Die Ansprüche auf tarifvertraglichen Regelurlaub liegen – nach Kürzungen wegen Kurzarbeit (Wanger/Weber 2021) in den Jahren 2020 und 2021 – wieder bei 29,6 Tagen. Die sonstigen Freistellungen gehen in beiden Prognosejahren weiter zurück – hierunter fallen unter anderem Arbeitsausfälle von Beschäftigten, denen es zum Beispiel aufgrund von Quarantänemaßnahmen nicht möglich ist, ihrer Arbeit regulär nachzugehen (Wanger/Hartl/Hummel 2022).

Mit dem Wegfall der coronabedingten Einschränkungen konnte ein großer Teil der Betriebe in kontaktintensiven Branchen die Auslastung wieder steigern, wodurch die Zahl der Kurzarbeitenden kräftig sinkt. In der Industrie machen sich jedoch neben Liefer- und Materialengpässen auch zunehmend die Auswirkungen der Energiekrise bemerkbar. Dies dürfte wieder zu mehr Kurzarbeit in energieintensiven Wirtschaftsbereichen führen, auch wenn die Anzeigen bis zuletzt niedrig blieben. Aufgrund dieser gegenläufigen Entwicklungen dürfte sich die Zahl der konjunkturell Kurzarbeitenden im Durchschnitt des Jahres 2022 schätzungsweise auf 390.000 Personen und im Jahr 2023 auf 250.000 belaufen. Für die Entwicklung zwischen 2022 und 2023 ist vor allem der Rückgang der coronabedingten Kurzarbeit ausschlaggebend. Zusammen mit der Saison- und Transferkurzarbeit erwarten wir 480.000 Kurzarbeitende im laufenden und 340.000 im kommenden Jahr.

Da die Auslastung in den Betrieben nachlässt, prognostizieren wir einen Rückgang bei den bezahlten Überstunden (2022: –0,6 Stunden und 2023: –0,5 Stunden) ebenso wie bei den unbezahlten Überstunden (2022: –0,6 Stunden und 2023: –0,7 Stunden). Ein großer Teil der zusätzlich geleisteten Stunden ist nicht bei den genannten Überstunden erfasst, sondern fließt auf Arbeitszeitkonten. Im Jahresdurchschnitt 2022 ergibt sich ein Abbau von 0,1 Stunden, 2023 von 1,0 Stunden.

Beim Krankenstand der Beschäftigten waren aufgrund der Omikron-Welle im ersten Halbjahr 2022 sehr hohe Werte zu beobachten, die sonst übliche „Sommerpause“ im Krankheitsgeschehen entfiel. Dies bewirkt einen Höchstwert beim Krankenstand im Jahresdurchschnitt 2022 von 5,9 Prozent. Für das kommende Jahr rechnen wir mit einem leicht niedrigeren Krankenstand (5,5 %); der aber noch immer durch die Pandemie beeinflusst sein dürfte.

Die Zahl der Personen, die einer Nebenbeschäftigung nachgehen, steigt dem langfristigen Trend folgend auf 4,28 Millionen im kommenden Jahr. Häufig werden diese Nebenjobs auf Minijob-Basis ausgeübt. Die Anhebungen beim Mindestlohn dürften deshalb die Entwicklung bei den Nebenjobs etwas dämpfen.

Aus diesen Arbeitszeitkomponenten und dem Verhältnis von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung bestimmt sich die Jahresarbeitszeit. Beide Beschäftigungsformen nehmen weiter zu. Die Teilzeitbeschäftigung wächst kräftiger, sodass die Teilzeitquote entsprechend steigt. Im Jahr 2023 liegt sie mit 39 Prozent 0,2 Prozentpunkte höher als im laufenden Jahr.

Nach einem Anstieg der Arbeitszeit der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen im laufenden Jahr sinkt diese 2023 um 0,8 Prozent auf 1.812 Stunden. In der Summe verändert sich die durchschnittliche Arbeitszeit aller Erwerbstätigen im Jahr 2023 mit 1.341 Stunden kaum.

Auch das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen – das Produkt aus durchschnittlicher Arbeitszeit und Erwerbstätigenzahl – liegt mit 61,07 Milliarden Stunden (+1,3 %) in diesem und 61,38 Milliarden Stunden (+0,5 %) im nächsten Jahr noch immer deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Bei einem BIP-Wachstum von 1,5 Prozent steigt die Stundenproduktivität 2022 um 0,2 Prozent. Für das Jahr 2023 erwarten wir bei einem BIP-Rückgang von 0,4 Prozent und einer Zunahme der geleisteten Arbeitsstunden von 0,5 Prozent einen Rückgang der Stundenproduktivität (–0,9 %, vgl. Tabelle T1). Der Produktivitätsrückgang resultiert aus einer geringeren Kapazitätsauslastung, etwa in Form von Arbeitskräftehorten, und schwächerer gesamtwirtschaftlicher Nachfrage. Außerdem wird vor allem in Branchen mit niedriger Stundenproduktivität Beschäftigung aufgebaut.

Fazit

Nach der vierten Corona-Welle wäre ein deutlicher Konjunkturaufschwung zu erwarten gewesen. Dieser fällt aber infolge der Auswirkungen des russischen Kriegs gegen die Ukraine aus. Einen Wirtschaftseinbruch gab es bisher nicht, und auch der Arbeitsmarkt entwickelt sich trotz dämpfender Effekte weiter positiv. Angesichts der sich verschärfenden Energiekrise droht aber eine Rezession.

Durchschnittliche Arbeitszeit und ihre Komponenten 2016 bis 2023

			2016	2017	2018	2019	2020	2021	Prognose			
											2022	2023
A. Arbeitnehmer												
Personen	Beschäftigte Arbeitnehmer	1.000	39.320	39.978	40.641	41.117	40.859	41.022	41.644	41.907		
	darunter: Vollzeit	1.000	24.271	24.606	24.988	25.230	25.132	25.239	25.501	25.546		
	reguläre Teilzeit	1.000	9.621	10.009	10.365	10.685	10.874	11.088	11.430	11.697		
	marginal Beschäftigte ¹⁾	1.000	5.428	5.363	5.288	5.202	4.853	4.694	4.713	4.664		
	Teilzeitquote	%	38,3	38,5	38,5	38,6	38,5	38,5	38,8	39,0		
	Mehrfachbeschäftigte ²⁾	1.000	3.551	3.693	3.850	3.997	3.909	4.014	4.210	4.278		
Arbeitszeitkomponenten und -effekte	Kalendertage	Tage	366	365	365	365	366	365	365	365		
	Samstage und Sonntage	Tage	105	105	104	104	104	104	105	105		
	Feiertage	Tage	9,3	11,2	12,1	12,2	9,5	7,7	8,2	10,6		
	Potenzielle Arbeitstage	Tage	251,7	248,8	248,9	248,8	252,5	253,3	251,8	249,4		
	Wochenarbeitszeit Vollzeit	Std.	38,2	38,2	38,2	38,2	38,2	38,2	38,2	38,2		
	Teilzeit	Std.	17,1	17,4	17,5	17,7	17,9	18,0	18,1	18,2		
	Wochenarbeitszeit (alle Beschäftigten)	Std.	30,1	30,2	30,2	30,3	30,4	30,4	30,4	30,4		
	Tarifliche / betriebsübliche Arbeitszeit	Std.	1.515,7	1.501,9	1.503,5	1.505,3	1.535,0	1.542,1	1.530,5	1.516,5		
	Urlaub und sonstige Freistellungen	Tage	31,0	31,0	31,0	31,0	32,4	32,1	31,9	31,5		
	darunter tariflicher Regelurlaub	Tage	29,6	29,6	29,6	29,6	29,4	29,5	29,6	29,6		
	Krankenstand der Personen	%	4,29	4,25	4,24	4,39	4,42	4,42	5,87	5,54		
	Krankenstand in Arbeitstagen	Tage	10,8	10,6	10,6	10,9	11,2	11,2	14,8	13,8		
	Krankenstand in Arbeitsstunden	Std.	65,1	63,8	63,8	66,1	67,9	68,2	89,8	84,0		
	Effektive Arbeitstage ohne Urlaub und Krankenstand	Tage	209,9	207,2	207,3	206,9	208,9	210,0	205,1	204,2		
	Bezahlte Überstunden je Arbeitnehmer	Std.	23,3	21,4	20,0	17,2	14,1	14,5	13,9	13,4		
	Bezahltes Überstundenvolumen	Mio. Std.	916	855	814	707	577	594	578	561		
	Unbezahlte Überstunden je Arbeitnehmer	Std.	23,4	23,5	22,8	21,6	17,0	17,4	16,8	16,1		
	Unbezahltes Überstundenvolumen	Mio. Std.	919	939	927	888	695	713	699	674		
	Saldenveränderung Arbeitszeitkonten	Std.	+ 1,2	+ 2,3	- 3,1	- 5,0	- 4,6	- 2,5	- 0,1	- 1,0		
	Kurzarbeitende	1.000	128	114	118	145	2.939	1.852	478	344		
	Arbeitsausfall je Kurzararbeitenden	%	39,7	43,6	41,0	36,0	40,6	47,8	39,2	36,7		
	Arbeitsausfall je Kurzararbeitenden	Std.	550,1	596,2	559,3	489,6	556,4	658,6	526,4	489,0		
	Ausfallvolumen	Mio. Std.	70	68	66	71	1.635	1.220	252	168		
Kurzarbeitseffekt	Std.	1,8	1,7	1,6	1,7	40,0	29,7	6,0	4,0			
Ausfall durch Arbeitskampf	Std.	0,06	0,03	0,16	0,04	0,05	0,09	0,08	0,08			
Ausgleich für Kalendereinflüsse	Std.	- 3,5	+ 7,6	+ 7,3	+ 7,0	- 7,4	- 10,4	- 3,9	+ 4,5			
Arbeitszeit Voll- und Teilzeit	Std.	1.306,5	1.304,1	1.297,7	1.290,8	1.249,1	1.267,7	1.267,4	1.270,1			
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 0,3	- 0,2	- 0,5	- 0,5	- 3,2	+ 1,5	- 0,0	+ 0,2			
Arbeitsvolumen	Mio. Std.	51.372	52.135	52.740	53.074	51.037	52.004	52.779	53.227			
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,2	+ 0,6	- 3,8	+ 1,9	+ 1,5	+ 0,8			
Arbeitszeit Vollzeit	Std.	1.652,4	1.645,8	1.636,2	1.624,6	1.562,4	1.587,8	1.590,3	1.592,7			
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 0,4	- 0,4	- 0,6	- 0,7	- 3,8	+ 1,6	+ 0,2	+ 0,2			
Arbeitsvolumen	Mio. Std.	40.107	40.498	40.884	40.987	39.267	40.075	40.553	40.687			
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,3	- 4,2	+ 2,1	+ 1,2	+ 0,3			
Arbeitszeit Teilzeit	Std.	748,6	757,1	757,4	760,7	748,4	755,7	757,3	766,5			
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,0	+ 0,4	- 1,6	+ 1,0	+ 0,2	+ 1,2			
Arbeitsvolumen	Mio. Std.	11.266	11.639	11.856	12.085	11.769	11.927	12.225	12.541			
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 3,3	+ 3,3	+ 1,9	+ 1,9	- 2,6	+ 1,3	+ 2,5	+ 2,6			
Arbeitszeit in Nebenjobs	Std.	303,6	293,2	294,9	296,9	279,4	283,7	279,2	274,0			
Arbeitsvolumen	Mio. Std.	1.078	1.083	1.135	1.187	1.092	1.139	1.175	1.172			
Nebenerwerbstätigkeitseffekt	Std.	27,4	27,1	27,9	28,9	26,7	27,8	28,2	28,0			
Arbeitszeit einschl. Nebenjobs	Std.	1.333,9	1.331,2	1.325,6	1.319,6	1.275,8	1.295,4	1.295,6	1.298,1			
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,5	- 3,3	+ 1,5	+ 0,0	+ 0,2			
Arbeitsvolumen	Mio. Std.	52.451	53.219	53.876	54.259	52.128	53.141	53.954	54.401			
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,2	+ 0,7	- 3,9	+ 1,9	+ 1,5	+ 0,8			
Nachrichtlich: Arbeitstage- Effekt	%	+ 0,0	- 1,2	+ 0,0	- 0,0	+ 1,5	+ 0,3	- 0,6	- 0,9			
Tägliche Arbeitszeit	%	- 0,2	+ 1,0	- 0,5	- 0,4	- 4,8	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,1			
B. Selbstständige und Mithelfende												
Personen	1.000	4.341	4.273	4.225	4.160	4.056	3.958	3.898	3.850			
Arbeitszeit	Std.	1.954,0	1.931,0	1.910,0	1.891,3	1.755,6	1.803,9	1.826,4	1.812,3			
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 0,6	- 1,2	- 1,1	- 1,0	- 7,2	+ 2,8	+ 1,2	- 0,8			
Arbeitsvolumen	Mio. Std.	8.482	8.251	8.070	7.868	7.121	7.140	7.118	6.978			
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 2,0	- 2,7	- 2,2	- 2,5	- 9,5	+ 0,3	- 0,3	- 2,0			
C. Erwerbstätige												
Personen	1.000	43.661	44.251	44.866	45.277	44.915	44.980	45.541	45.758			
Arbeitszeit	Std.	1.395,6	1.389,1	1.380,7	1.372,2	1.319,1	1.340,2	1.341,0	1.341,4			
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 0,4	- 0,5	- 0,6	- 0,6	- 3,9	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,0			
Arbeitsvolumen	Mio. Std.	60.933	61.471	61.945	62.127	59.249	60.281	61.072	61.378			
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,3	- 4,6	+ 1,7	+ 1,3	+ 0,5			

¹⁾ Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte, ausschließlich kurzfristig Beschäftigte und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten, sogenannte Ein-Euro-Jobs, werden in der Erwerbstätigenrechnung der VGR unter den „marginal Beschäftigten“ zusammengefasst.

²⁾ Mehrfachbeschäftigte sind Personen, die zeitgleich in mehr als einem Beschäftigungsverhältnis stehen. Dies können z. B. Beschäftigte mit mindestens einer weiteren sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bzw. geringfügigen Beschäftigung sein.

Quelle: IAB-Arbeitszeitrechnung; Stand September 2022; Revision der Zeitreihen aufgrund der VGR-Sommerrechnung 2022 (Wanger/Hartl/Hummel 2022). © IAB.



Dr. Hermann Gartner
hermann.gartner@iab.de



Timon Hellwagner
timon.hellwagner@iab.de



Markus Hummel
markus.hummel@iab.de



Dr. Christian Hutter
christian.hutter@iab.de



Susanne Wanger
susanne.wanger@iab.de



Prof. Dr. Enzo Weber
enzo.weber@iab.de



Dr. Gerd Zika
gerd.zika@iab.de

Angesichts der hohen Unsicherheit aktueller Prognosen sind im Zuge der Energiekrise auch noch massivere Schocks denkbar. Dann wäre am Arbeitsmarkt wieder Kurzarbeit ein entscheidendes Mittel. Dabei wäre es überlegenswert, für Fälle massenhafter Nutzung Kriterien und Verfahren zu vereinfachen oder Kurzarbeit auch stärker kollektiv zu organisieren (Weber/Yilmaz 2022). So weit wie möglich sollten allerdings Produktionsausfälle vermieden werden, auch um Kaskadeneffekte in der Volkswirtschaft zu verhindern (Weber 2022).

Bei hohen wirtschaftlichen Risiken haben zugleich Arbeitskräfte-Engpässe stark zugenommen. Dahinter stehen etwa der demografische Wandel (Hellwagner et al. 2022), der Nachholbedarf nach langer Corona-Einstellungsflaute (Röttger/Weber 2022) und die zusätzlichen Bedarfe im technischen und handwerklichen Bereich für die Energiewende (Zika et al. 2022b). Fachkräftesicherung bleibt daher über die Energiekrise hinaus für die wirtschaftliche Entwicklung zentral.

Literatur

- Ahlfeldt, G. M.; Roth, D.; Seidel, T. (2022): Optimal minimum wages. Discussionpaper.
- Blömer, M. J.; Gürtzgen, N.; Pohlan, L.; Stichnoth H.; van den Berg, G. J. (2018): Unemployment Effects of the German Minimum Wage in an Equilibrium Job Search Model. ZEW Discussion Paper, 2018-032.
- BMI (2022): Mehr als 967.000 Menschen sind aus dem Krieg in der Ukraine nach Deutschland geflüchtet. Pressemitteilung, 23.8.2022 (<https://www.bmi.bund.de>, Abruf am 30.8.2022).
- Börschlein, Erik-Benjamin; Bossler, Mario; Gürtzgen, Nicole; Teichert, Christian (2022): [Mindestloohnerhöhung im Oktober 2022: 12 Euro Mindestlohn betreffen mehr als jeden fünften Job](#). IAB-Kurzbericht 12/2022.

Die Autorin und die Autoren sind Mitarbeitende des Forschungsbereichs „Prognosen und gesamtwirtschaftliche Analysen“ im IAB. Prof. Dr. Enzo Weber ist Leiter dieses Forschungsbereichs.

- Bossler, M.; Gerner, H.-D. (2020): Employment Effects of the New German Minimum Wage – Evidence from Establishment-level Micro Data, *Industrial and Labor Relations Review*, 73 (5), 1070–1094.
- Brücker, Herbert (2022): [Geflüchtete aus der Ukraine: Eine Einschätzung der Integrationschancen](#). IAB-Forschungsbericht 4/2022.
- Dustmann, C.; Lindner, A.; Schönberg, U.; Umkehrer, M.; vom Berge, P. (2022): Reallocation Effects of the Minimum Wage. *The Quarterly Journal of Economics*, 137, S. 267–328.
- Fuchs, J.; Weber, B.; Weber, E. (2020): [Rückzug vom Arbeitsmarkt? Das Angebot an Arbeitskräften sinkt seit Beginn der Corona-Krise stark](#). In: IAB-Forum, 12.8.2020.
- Hellwagner, Timon; Söhnlein, Doris; Weber, Enzo (2022): Tschüss, Babyboomer. *personalmagazin*, 08.22, S. 18–25.
- Hummel, M.; Hutter, C.; Weber, E. (2022): Wie Materialengpässe den Arbeitsmarkt treffen. *Wirtschaftsdienst*, 102, 4.
- Hutter, Christian; Weber, Enzo (2022a): [Russia-Ukraine War: Short-run Production and Labour Market Effects of the Energy Crisis](#). IAB-Discussion Paper 10/2022.
- Hutter, Christian; Weber, Enzo (2022b): [Die Arbeitsagenturen erwarten von der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro mehrheitlich keine Auswirkungen auf die Beschäftigung](#). In: IAB-Forum, 13.9.2022.
- Kagerl, Christian; Moritz, Michael; Roth, Duncan; Stegmaier, Jens; Stepanok, Ignat; Weber, Enzo (2022): Energiekrise und Lieferstopp für Gas: Auswirkungen auf die Betriebe in Deutschland. In: *Wirtschaftsdienst*, Jg. 102, H.6, S. 486–491.
- Klinger, S.; Weber, E. (2020): GDP-Employment Decoupling in Germany. *Structural Change and Economic Dynamics*, 52, S. 82–98.
- Moritz, Michael; Roth, Duncan; Stegmaier, Jens; Stepanok, Ignat (2022): [Lieferengpässe in Deutschland im Jahr 2021: Betriebe reagieren mit Anpassungen bei Produktion, Preis und Personal](#). IAB-Kurzbericht 13/2022.
- Röttger, Christof; Weber, Enzo (2022): Es gab keinen Big Quit in Deutschland. *Ökonomenstimme*, 23.06.2022.
- Wanger, Susanne; Hartl, Tobias; Hummel, Markus (2022): [Überarbeitung der IAB-Arbeitszeitrechnung im Rahmen der VGR-Sommerrechnung 2022](#). IAB-Forschungsbericht 13/2022.
- Wanger, Susanne; Weber, Enzo (2021): Weniger Urlaub nach Kurzarbeit. Studie: Welche Betriebe kürzen? In: *Arbeit und Arbeitsrecht*, Jg. 76, H.9, S. 26–28.
- Weber, Enzo (2022): Industrieproduktion sichern und Energieeffizienz steigern. *Tagesspiegel-Background*, 27.6.2022.
- Weber, Enzo; Yilmaz, Yasemin (2022): [Ausgestaltung von Kurzarbeit bei massenhafter Nutzung](#). IAB-Forschungsbericht 10/2022.
- Zika, Gerd; Schneemann, Christian; Weber, Enzo; Zenk, Johanna; Kalinowski, Michael; Maier, Tobias; Wolter, Marc Ingo (2022a): [Die Folgen des Kriegs in der Ukraine und der Energiekrise für Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Deutschland](#). IAB-Forschungsbericht 11/2022.
- Zika, G.; Maier, T.; Mönning, A.; Schneemann, C.; Steeg, S.; Weber, E.; Wolter, M.I.; Krinitz, J. (2022b): [Die Folgen der neuen Klima- und Wohnungsbaupolitik des Koalitionsvertrags auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt](#). IAB-Forschungsbericht 03/2022.

Impressum | IAB-Kurzbericht Nr. 15, 15.9.2022 | Herausgeber: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit, 90327 Nürnberg | Redaktion: Elfriede Sonntag | Grafik & Gestaltung: Nicola Brendel | Foto: Wolfram Murr, Fotofabrik Nürnberg und privat | Druck: MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern | Rechte: Diese Publikation ist unter folgender Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht: Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-SA 4.0) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de> | Bezug: IAB-Bestellservice, c/o wbv Media GmbH & Co. KG, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld; Tel. 0911-179-9229 (es gelten die regulären Festnetzpreise, Mobilfunkpreise können abweichen); Fax: 0911-179-9227; E-Mail: iab-bestellservice@wbv.de | IAB im Internet: www.iab.de. Dort finden Sie unter anderem diesen Kurzbericht zum kostenlosen Download | Anfragen: iab.anfragen@iab.de oder Tel. 0911-179-5942 | ISSN 0942-167X | DOI 10.48720/IAB.KB.2215